

Gunther Preiml BA
gpreiml@edu.aau.at

Rezension

Marie-Luisa Frick

Zivilisiert Streiten.

Zur Ethik der politischen Gegnerschaft.

(Reclam, 2017)



Institut für Philosophie
LV 210.619 Forschungsseminar
Univ.-Prof. Dr. Ursula Renz Ph.D.
Wintersemester 2017/18

30. Januar 2018

[Hinweis: Diese Rezension ist im Rahmen eines Forschungsseminars an der Alpen-Adria Universität Klagenfurt unter der Leitung von Frau Dr. Ursula Renz entstanden. Die Rezension stellt das Endergebnis einer durch mehrmaliges Überarbeiten gereiften, und aufgrund von Kommentaren und Verbesserungsvorschlägen von Frau Prof. Renz verfeinerten Arbeit dar.]

In Zeiten politischer Extreme, die an den demokratischen Grundsäulen zu rütteln versuchen, wird der Ruf nach einer ordnenden, streitschlichtenden Instanz immer größer. Politische Parteien spiegeln ihr Bestreben, einen florierenden Staat zu fördern, nicht (mehr) in ehrenwerter Diskussion der verschiedenen Positionen. Vielmehr rüsten sie mit Methoden wie „Dirty Campaigning“ oder „Hate Speech“ auf sozialen Plattformen zum Kampf um die vermeintlich einzig „wahre“ Lösungsmöglichkeit für demokratische Konflikte. Auf diese doch recht prekär anmutende Situation antwortet Marie-Luisa Frick mit ihrem Buch „Zivilisiert Streiten. Zur Ethik der politischen Gegnerschaft“. Fricks Buch wird von der Frage geleitet, wie ein politischer Diskurs in einer liberalen Demokratie geführt werden kann. Grundvoraussetzung dafür ist es, diesen Diskurs gewaltfrei, und unter Achtung bestehender Spielregeln zu führen. Frick pflegt einen normativen Ansatz, den sie die Ethik der politischen Gegnerschaft nennt (vgl. Frick 2017, S. 10). Das Buch ist eine Mischung aus einer Einführung in die politische Theorie – Frick diskutiert einige zentrale Begriffe wie Politik, Demokratie und dergleichen –, und einer Studie über eine spezielle Ethiktheorie des politischen Diskurses.

Das Buch ist in fünf Teile gegliedert, wobei sich die Einleitung mit grundsätzlichen Begriffen, die Frick für eine Ethik der politischen Gegnerschaft für unverzichtbar hält, beschäftigt. Konkret sind das die Begriffe der Demokratie und der Menschenrechte. Frick bezieht sich damit von vorneherein auf liberale Demokratien, die das demokratische Prinzip sowie die Menschenrechte anerkennen. Das demokratische Prinzip zeichnet sich durch die Volkssouveränität als Bedingung für ein demokratisches Gemeinwesen aus. Die Menschenrechte sind eigentlich Rechte des Menschen auf Rechte überhaupt, d.h., sie beanspruchen absolute Geltung: Menschenrechte sind solche Rechte, die Menschen aufgrund ihres Menschseins bestimmte Rechte zukommen, und daher auch außerhalb von Demokratien gelten sollen. Liberalen Demokratien liegen nach Frick aber zwei Eigenheiten zugrunde: Erstens, Konflikte sind essentieller Bestandteil des Politischen. Zweitens, es gibt bestimmte Arten von Konflikten, die zu einer Radikalisierung des Politischen führen können. Die Ethik der politischen Gegnerschaft soll Maßstäbe explizit machen, die Frick bereits in liberalen Demokratien implizit angelegt sieht, und diese dann für politische Konflikte geltend machen (vgl. ebd., S. 9–21).

Im zweiten Teil widmet sich Frick der Beschreibung bestimmter Arten von politischen Konflikten. Ausgangspunkt ist allerdings ein theoretischer: Frick beginnt mit der Beschreibung zweier verschiedener Demokratietheorien, in denen politische Konflikte eine wichtige

Rolle spielen. Frick stellt deliberative Demokratietheorien – das sind solche, die davon ausgehen, dass politische Konflikte vernünftig aufgelöst werden können – einer agonistischen Demokratietheorie gegenüber, die von einer Unauflöslichkeit politischer Konflikten ausgeht. Die agonistische Demokratietheorie ist es auch, in der der Begriff der Gegnerschaft zum Tragen kommt. Frick bezieht sich hierfür auf Chantal Mouffe, die als Merkmale der Gegnerschaft einen klaren Rahmen sowie das Anerkennen der legitimen Teilnahme von politischen Gruppen innerhalb dieses Rahmens angibt (vgl. Frick 2017, S. 23–31).

Eine liberale Demokratie beinhaltet nach Frick immer schon ein deliberationales und ein agonistisches Element, wobei der einstimmige Konsens nicht Ziel einer liberalen Demokratie sein kann. Daher wirft Frick nach der Erörterung demokratischer Prinzipien und verschiedener Demokratietheorien die Frage auf, wie politische Konflikte verstanden werden können. Frick unterteilt politische Konflikte in Mittelkonflikte (in ihrem Fokus ist die Frage, wie etwas am besten zu erreichen ist) und Zielkonflikte (in ihrem Fokus ist die Frage, was es zu erreichen gilt). Zielkonflikte selbst sind noch unterteilt in rahmende Zielkonflikte (entstehen in der Frage danach, was Dinge sind, die gemeinsame Anliegen sind) und gerahmte Zielkonflikte (entstehen in Frage danach, welchen Umfang Ziele erreicht werden sollen). Werden diese zwei Arten von Konflikten in einem politischen Diskurs ausgetragen, der über agonistische Konflikte hinausführt, können sich die Streitparteien antagonistischen – also anfeindenden – Konflikten ausgesetzt sehen. Hier passiert der Übergang von der politischen Gegnerschaft zu politischen Feindschaft, die keine politische Bande mehr kennt, und Ziele, wie die Auslöschung des politischen Gegners anstreben kann (vgl. ebd., S. 33–37). Vor diesem Hintergrund schlägt Frick vor, nicht nur die Interessen verschiedener politischer Gruppierungen in den politischen Diskurs einzubeziehen, sondern auch den Rückgriff auf Tatsachen einzuführen. Denn da Interessen hinterfragt, nicht aber gänzlich als falsch gedeutet werden dürfen, können Tatsachen eine zusätzliche Stütze für politische Konflikte bieten (vgl. ebd., S. 42f.).

Weshalb könnte eine politische Gruppierung, die so sehr von ihren eigenen Interessen und Zielen überzeugt ist, ein Interesse an Fricks Normen entwickeln, und damit aufhören, ihre eigensten Ziele zu verfolgen, und sich im extremsten Fall nicht als alleinige Regierungspartei durchzusetzen versuchen? Fakten in Betracht zu ziehen, mag zwar ein warnender Fingerzeig sein, kann aber aus Sicht dieser extremen Partei doch bestenfalls auch als nicht ernst gemeinte Höflichkeit abgearbeitet werden. Hier zeigen sich meines Erachtens nach Fricks Untersuchungsergebnisse als nicht sehr zwingende ethische Ideale.

Im dritten Teil ihres Buches äußert sich Frick dazu, wie politische Konflikte im demokratischen Kontext auszutragen sind. Im Grunde bezieht sie sich darauf, dass den Mitgliedern eines demokratischen Gemeinwesens die Pflicht zufällt, anderen Mitgliedern die gleiche Souveränität zuzugestehen. Es ergibt sich hieraus auch die Pflicht, sich verantwortungsvolle Meinungen zu bilden (vgl. ebd., S. 48). Solche Meinungen müssen aber im Hinblick auf die Möglichkeit ihrer Revision gebildet werden (Prinzip des Meinungs-

fallibilismus) (vgl. Frick 2017, S. 49). Ferner dürfen diese Meinungen nicht einfach nur übernommen werden, sondern es liegt im Ermessen der Mitglieder, sich solche Meinungen kraft ihrer Vernunft selbst zu bilden (Prinzip der Meinungsautonomie) (vgl. ebd., S. 51). Es müssen auch andere Meinungen als die eigene zugelassen werden, und politische Entscheidungen möglichst auf Grundlage aller anderen Positionen zustande kommen (vgl. ebd., S. 55).

Nach der Erörterung der verantwortungsvollen Meinungsbildung geht Frick dazu über, sich zu fragen, wie eine Meinung vertreten werden soll. Hierzu stellt sie zwei Prinzipien in den Raum: Das erste verlangt, dass eine Meinung so gefasst wird, dass sie die Souveränität anderer nicht verletzt (Demokratisches Prinzip). Mithilfe dieses Prinzips diskutiert Frick u.a. die Frage der Meinungsfreiheit und des zivilen Ungehorsams (vgl. ebd., S. 63–71). Das zweite Prinzip betrifft die Menschenrechte. Es fordert, dass eine Meinung das geteilte Menschsein aller achten muss (Menschenrechtliches Prinzip). Damit soll einer dehumanisierenden Rede – die z.B. gegen bestimmte Menschengruppen gerichtet ist – ein Riegel vorgeschoben werden können (vgl. ebd., S. 71f.).

Frick beschäftigt sich weiters damit, wie die Grenze der politischen Gegnerschaft gesetzt werden soll, deren Überschreiten die liberale Demokratie schädigen kann. Dahinter steht das grundsätzliche Problem, ob sich eine Demokratie selbst abschaffen darf. Wenn die Volkssouveränität als Grundlage herangezogen werden kann, und diese unbedingt gelten würde, dann wäre diese Möglichkeit bereits im demokratischen Prinzip angelegt. Nimmt man nur bedingte Volkssouveränität an, der diese Möglichkeit abgesprochen wird, dann muss man akzeptieren, dass die Rettung einer Demokratie mit undemokratischen Mitteln vollzogen werden dürfte. Das würde aber ein Paradox darstellen, weil diese Form der Demokratie dafür absolute Werte voraussetzen müsste. Doch das Voraussetzen von absoluten Werten in einer liberalen Demokratie führt von der Volkssouveränität weg zu einem durchaus anfechtbaren Ideal, was Frick daher schon früher in ihrem Buch kritisiert hat. Fricks Lösungsvorschlag lautet, dass beide Ansätze nicht befriedigend sind, man jedoch die Möglichkeit einräumen muss, politische Gruppen auszuschließen, die mit demokratischen Mitteln versuchen, die Demokratie auszuhebeln. Das begründet sie damit, dass auch diese Gruppen nur eine teilweise Souveränität in Anspruch nehmen dürften, es ihnen daher nicht erlaubt wäre, die Souveränität zukünftiger Generationen für sich zu vereinnahmen (vgl. ebd., S. 77–81).

Im vierten Teil steht die Frage im Raum, wie einer Feindschaft gegen liberale Demokratien zivilisiert entgegengetreten werden kann. Frick wägt zwei Möglichkeiten ab: Erstens, Reziprozität, d.h. es werden alle feindlichen Handlungen mit gleicher Gewalt vergolten. Zweitens, Feinde erfahren zivilisierte Verachtung; ein Begriff, den Carlo Stenger geprägt hat. Reziprozität könnte zu exzessiv betrieben werden, und schließlich in dehumanisierenden Maßnahmen enden. Dagegen ist die zivilisierte Verachtung nach Stenger für Frick problematisch, weil sie sich gegen Ideologien, nicht aber gegen Menschen richten dürfte.

Für Frick ist es sehr wohl möglich, auch Menschen zivile Verachtung entgegenzubringen, solange diese dadurch nicht dehumanisiert würden (vgl. Frick 2017, S. 82–88).

Im fünften und letzten Teil zeigt Frick, dass die TeilnehmerInnen an einer liberalen Demokratie ihre dadurch entstehenden Rechte und Pflichten nicht als gegeben sehen dürfen, sondern diese für sich selbst – also individuell – bewusst evaluieren müssen. Sie begreift Demokratie als ein Experiment, das Herausforderungen mit sich bringt, die es zu meistern gilt. Werden diese Herausforderungen nicht angenommen, und macht sich Einstimmigkeit in einer auf Vielstimmigkeit beruhenden Staatsform breit, dann ist nach Frick die Demokratie gefährdet, wenn nicht gar verloren (vgl. ebd., S. 89f.).

Das Vorhaben Fricks ist ambitiös, zumal ihr Buch einerseits als eine Einführung in die politische Theorie, andererseits als Studie zur Ethik der politischen Gegnerschaft gedacht ist. Diese Vermittlung zweier genuin verschiedener Projekte scheint mir nur bedingt gelungen. Während die Resultate der Studie vage bleiben, was angesichts der auferlegten Kürze nicht anders zu erwarten ist, erschwert die Einführung in die politische Theorie die Überleitung zwischen den beiden Projekten: Es entsteht dadurch nämlich keine Sequenz, sondern ein Ineinanderfließen von einführenden und analytischen Passagen. Frick gesteht sich selbst ein, dass diesem als Einführung und Studie gedachten Werk schlicht zu wenig Platz zur Verfügung gestellt war. Daher bleiben einige wichtige Begriffe unangetastet. Trotzdem hält Fricks Buch einige wichtige Einsichten bereit, die auch für die persönliche Reflexion bedeutsam werden können.

Problematisch finde ich jedoch, dass Frick in der Einleitung den Begriff des Konflikts nicht sehr klar fasst. Indirekt kann davon ausgegangen werden, dass sie diesen als Dissens, oder als Meinungsverschiedenheit im politischen Bereich auffasst. Einen Dissens sehe ich aber noch nicht als einen Konflikt an. Da muss dann doch noch etwas hinzukommen, was aber von Frick nicht konkret behandelt worden ist. Zwar ist diese Untersuchung speziell auf die Kategorie der politischen Konflikte angesetzt, setzt aber doch eine Vorstellung der Leserin/des Lesers vom Begriff Konflikt per se voraus.

Trotz aller Grenzen ist Fricks Anliegen, in einer Zeit, in der liberale Demokratien drohen, einer unvereinbaren Gewaltpolarisierung zu verfallen, wieder auf die Grundlagen der demokratischen Prinzipien und der Menschenrechte zu verweisen, sehr berechtigt. Dieser Verweis sollte alle politischen Subjekte – PolitikerInnen sowie BürgerInnen – gleichermaßen auffordern, mit einer auf die Gemeinschaft bedachten ethischen Haltung und unter konstruktiven Bedingungen Dissense auszutragen. Streiten ist in einer liberalen Demokratie zwar erlaubt, aber nur unter Achtung gegenseitiger Souveränität, und unter der Einhaltung von Grenzen, die eine solche fördern. Und diese ethische Haltung muss eingefordert werden können, um kein Rütteln an den Grundfesten einer liberalen Demokratie zuzulassen.

So möchte ich nun – angeleitet von Fricks Überlegungen zur Ethik der politischen Gegnerschaft – einen Schluss ziehen: Was eine liberale Demokratie von einer Diktatur

unterscheidet, sind nicht nur die Installation von Herrschaftssymboliken und die Anwendung von struktureller, unfairer Gewalt. Der Unterschied besteht vielmehr im Verlust der Möglichkeit, in einem politischen Diskurs eine eigene Meinung zu vertreten, sowie eine Diskussion darüber erst zuzulassen. Die große Leistung Fricks besteht darin, in Zeiten von politischer Spannung und Ungewissheit einen Aufruf zur Rückkehr zu den Grundlagen einer Demokratie zu tätigen. Alles in allem ist es ein lesewürdiges Buch, das zur persönlichen Reflexion ebenso wie zu weiteren Recherchen anspornt.

Literatur

Frick, Marie-Luisa (2017). *Zivilisiert streiten. Zur Ethik der politischen Gegnerschaft*. Stuttgart: Reclam.